



NPOG – öffentliche Sicherheit und Garantie von Freiheitsrechten

Der Entwurf für das neue Gefahrenabwehrgesetz für Niedersachsen, der derzeit in den Gremien des Landes beraten wird, hat hohe Wellen geschlagen: Unter dem Hashtag „noNPOG“ haben die Gegnerinnen und Gegner des „Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz“ – wie es heißen soll – mobil gemacht und zu Gegendemonstrationen aufgerufen. Am 8. September 2018 demonstrierten nach Polizeiangaben rund 8.300 Menschen in Hannover friedlich gegen das NPOG. Neben FDP und Grünen waren unterschiedlichste Organisationen und Interessengruppen – auch Fangruppierungen von Fußballvereinen – auf die Straße gegangen.

Die GdP sieht neben vielen begrüßenswerten Änderungen und Ergänzungen in einigen Bereichen noch Verbesserungsbedarf. Das haben wir am 9. August 2018 bei der Anhörung zum NPOG im Innenausschuss auch deutlich gemacht.

Es ist eine Gratwanderung, die das NPOG vollziehen muss: Es gilt, Handlungs- und Rechtssicherheit für Polizei und Ordnungsbehörden herzustellen und gleichzeitig die Vorgaben des Datenschutzes und der Verfassung einzuhalten. Es muss also zwischen dem Schutz der öffentlichen Sicherheit und den Grund- und Freiheitsrechten jedes Einzelnen abgewogen werden. Ebenso muss die Nutzung technischer Mittel (Videoüberwachung, Bodycams) verfassungsrechtlich abgesichert sein. Hier äußern zum Beispiel auch Datenschützerinnen und Datenschützer Bedenken

Eigenständige Regelungen für bewährte Maßnahmen

Der Name des Gesetzes macht deutlich, dass nicht nur die Polizei, sondern auch die Ordnungsbehörden für die öffentliche Sicherheit in Niedersachsen zuständig sind. Wir begrüßen insbesondere, dass einzelne Maßnahmen, die sich im Zuge der Gefahrenabwehr bewährt haben, nun in eigenständigen Regelungen verankert werden (Gefährderansprache, Meldeauflage, Wegweisung, Aufenthalts- und Kontaktverbot). Diese Nor-

men werden jetzt einzeln und klarer geregelt, was zu mehr Rechtssicherheit führt.

Die Gegnerinnen und Gegner, die kritisieren, dass der Polizei im Vorfeld einer Straftat Handlungsmöglichkeiten eingeräumt werden, verkennen den Sinn und Zweck der Gefahrenabwehr in Form präventiver Maßnahmen im Vergleich zum Strafrecht in Form repressiver Maßnahmen. Es gehört zu den originären Aufgaben der Polizei, Gefahren einzuschätzen und Straftaten zu verhindern. Insofern spielt sich das ganze Gesetz grundsätzlich „im Vorfeld“ ab, es kann also per se nur präventiv sein.

Sachlichkeit wahren!

Leider ist es so, dass Begrifflichkeiten und Positionen verwendet werden, die es an Sachlichkeit vermissen lassen und zu Unrecht emotionalisieren. So haben die Grünen im Niedersächsischen Landtag zum Beispiel getwittert (zwischenzeitlich gelöscht), dass mit dem NPOG „[...] Bürgerrechte unter den Tisch fallen. Niedersachsen läuft Gefahr, zu einem Polizeistaat zu werden!“ Andere konstatieren, dass „Die Polizei auf dem Weg von der Strafverfolgungsbehörde zum präventiven Verfolgungs- und Repressionsapparat für ‚Gedankenverbrecher‘“ sei.

Etliche haben sich mit dem Gesetzesentwurf offenkundig nicht einmal auseinandergesetzt und beachten auch keine sachlichen Darstellungen,



GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff.

Foto: GdP

sonst könnten irrwitzige Statements, wie „Wir haben keinen Bock auf Elektrotaster auf Großveranstaltungen“, wie von Fußballgruppierungen öffentlich gemacht, nicht zustande kommen. Durch solche „Fakenews“ werden Menschen vorsätzlich in die Irre geführt und emotionalisiert.

Andere, wie die Göttinger Rechtsanwälte Kahlen und Adam, sprechen auf öffentlichen Veranstaltungen davon, dass die Polizisten mit diesem Gesetz „nach Willkür und eigenem Ermessen zu viel entscheiden können.“ (Salzgitter-Zeitung vom 4. 9. 2018).

Ein zentraler Kritikpunkt am NPOG ist die Möglichkeit, zur Verhinderung von terroristischen Straftaten bis zu 74 Tagen Präventivgewahrsam zu verhängen, wofür insgesamt drei richterliche Entscheidungen notwendig sind (30+30+14 Tage). Auch hier wird oftmals weggelassen, für welche Personen diese Präventivhaft erfolgen soll und dass diese unter Richtervorbehalt steht. Hier gibt es offensichtlich verfassungsrechtliche Bedenken von Oppositionsseite, die schon eine Prüfung durch Gerichte in den Raum gestellt hat. Die GdP hat in ihrer Stellungnahme angeführt, dass geklärt werden muss, auf welche Weise der „Präventivgewahrsam“ rein praktisch umgesetzt werden soll, da die zurzeit dafür genutzten Ge-

Fortsetzung auf Seite 2



Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die übernächste Ausgabe **12/2018 bis zum 29. Oktober 2018.**

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*

Du findest uns auf 
facebook.com/gdp.niedersachsen

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Niedersachsen

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Philipp Mantke
(V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur
des Landesjournals)
Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0
Telefax (05 11) 5 30 37-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 396-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6454

Fortsetzung von Seite 1

wahrsamseinrichtungen der Polizei jedenfalls nicht darauf ausgelegt sind.

Die geplante Einführung einer Rechtsgrundlage für den Einsatz von sogenannten Bodycams entspricht der Forderung der GdP. Es erschließt sich uns allerdings nicht, warum in „nicht öffentlichen Räumen“ die Aufzeichnung verboten sein soll. Wenn eine Situation einen gewalttätigen Verlauf zu nehmen droht beziehungsweise eine gewalttätige Eskalation möglich erscheint und Leib und Leben von Polizeibeamtinnen und -beamten oder Dritten in Gefahr sind, müssen Ton- und Bildaufnahmen auch in nicht öffentlichen Räumen eingesetzt werden dürfen.

Wir begrüßen zudem die Rechtsgrundlage für den Einsatz elektronischer Fußfesseln. Es sollte jedoch immer wieder wiederholt werden, dass sich Straftaten durch deren Anwendung niemals sicher verhindern lassen. Hier sollte durchaus überlegt werden, den Richtervorbehalt einzuführen, der derzeit im Gesetzesentwurf nicht vorgesehen ist.

Bei der rechtlichen Verankerung zur Nutzung von Distanzelektroimpulsgeräten (DEIG) sowie bei der vorgesehenen Überprüfung der Einsatzmöglichkeiten, sehen wir noch Bedarf bei der waffenrechtlichen Bewertung und plädieren für eine Sonderstellung zwischen Waffe und Hilfsmittel der körperlichen Gewalt. Derzeit ist seitens des Innenministeriums nicht

geplant, das DEIG über die bestehende Nutzung durch das SEK für andere Dienstbereiche anzuschaffen.

Als GdP sind wir also weitgehend einverstanden mit dem Entwurf des NPOG. Die Rot-Schwarze Landesregierung hat den Entwurf eingebracht, sodass eine Verabschiedung noch in diesem Jahr möglich erscheint.

Die Gegnerinnen und Gegner haben am 8. September 2018 in Hannover demonstriert, teilweise mit beleidigenden Schildern, Sprüchen und Gesängen gegen die Polizei. Die Grünen gingen hinter einem Banner „Freiheit statt Polizeistaat“. Bis zur Verabschiedung des Gesetzes wird sicherlich weiter diskutiert und es sollen wohl auch noch Demonstrationen folgen. Diskussionen sind sinnvoll, so wie es auch bei Gesetzesnovellierungen in anderen Bundesländern der Fall war, aber nach der dreitägigen Anhörung durch den Innenausschuss, bei der unterschiedlichste Organisationen, Verbände, Vereine, Datenschützer sowie Polizeifachleute zu Worte kamen und nach der kritischen Betrachtung durch den Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Landtages, ist es dann auch Zeit für die Neuregelungen und die Angleichung an Bundesrecht, um der veränderten Sicherheitslage, insbesondere der Gefahr durch den islamistischen Terrorismus, mit Handlungs- und Rechtssicherheit noch besser begegnen zu können.

Dietmar Schilff,
Landesvorsitzender



Bei der Einsatzlage anlässlich der Demonstration gegen das NPOG am 8. September 2018 in Hannover war die GdP wieder mit einem Team zur Einsatzbetreuung vor Ort. Bei den Einsatzkräften kam diese Aktion sehr gut an.

Foto: GdP



NEUE WANDERAUSSTELLUNG DES POLIZEIMUSEUMS

„Freunde – Helfer – Straßenkämpfer.
Die Polizei in der Weimarer Republik“

Altes Gewerkschafts-Mitgliedsbuch ist eines der Highlight-Exponate

Freunde und Helfer einerseits, Straßenkämpfer andererseits – das ist der wesentliche Gegensatz, der die Polizei der Weimarer Republik (1918–1933) prägte. Das Polizeimuseum Niedersachsen hat nun die spannende Geschichte der Polizei dieser Zeit in einer Wanderausstellung aufgearbeitet. Vom 19. Oktober bis etwa 6. November ist sie im Niedersächsischen Landtag zu Gast. Ab 2019 reist sie durch die Direktionen.

In der Weimarer Republik entstand die Idee einer hilfsbereiten, bürgernahen Polizei – eine Vorstellung, die auch heute aktuell ist. Doch die Geschichte zeigt, wie schnell sich ein Anspruch in der täglichen Wirklichkeit verlieren kann: Blutige Kämpfe zwischen politischen Gegnern prägten die letzten Jahre der Republik. Die Polizisten wurden selbst zu Straßenkämpfern. 1933 gaben die Nationalsozialisten der Demokratie den Todesstoß. Die Polizei wurde zum Helfershelfer der Diktatur.

Die Ausstellung lädt dazu ein, die widersprüchliche Geschichte der Polizei der Weimarer Republik kennenzulernen. Der Schwerpunkt liegt auf der Entwicklung der preußischen Polizei mit einem Blick auf die Gebiete des heutigen Niedersachsens. Ausgewählte Originale aus der Museumssammlung ermöglichen eine spannende Zeitreise. So auch ein Gewerkschafts-Mitgliedsbuch aus der Zeit: In der Weimarer Republik bekamen Polizisten erstmals das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Das Mitgliedsbuch steht für diese neue Freiheit. Doch es zeigt noch mehr: 1933 enden die Zahlungsvermerke für den Mitgliedsbeitrag – die Nationalsozialisten lösten alle unabhängigen Gewerkschaften auf. Beeindruckend ist, dass das Mitgliedsbuch wieder auflebte: Eine Quittung von 1952 belegt die Beitragszahlung an die GdP.

Weitere Infos zur Ausstellung gibt es unter www.pa.polizei-nds.de.

Barbara Riegger,
Polizeimuseum Niedersachsen



Das Polizeimuseum sagt Danke: Ralf Hermes, Vorsitzender der BG Göttingen, stellte das Mitgliedsbuch zur Verfügung.



Scheinbar unscheinbar, und doch mit einer spannenden Geschichte: Das Gewerkschafts-Mitgliedsbuch aus den Zwanzigerjahren ist eines der Highlight-Exponate der Ausstellung.
Fotos: Polizeimuseum

Großer Erfolg für die GdP: Neue Stellen für Verwaltung und Tarifbereich

Die jahrelangen Bemühungen um bessere Perspektiven in der gesamten Polizei haben in diesem Jahr einen großen Erfolg gebracht: Der Verwaltung und dem Tarifbereich sind zum 1. August 2018 insgesamt 250 Stellen zugewiesen worden. Es handelt sich dabei um die 250 Stellen, die das Land Niedersachsen in den Nachtragshaushalt 2018 eingestellt hatte.

So wird für Entlastung und Unterstützung in den Polizeidirektionen sowie in der Polizeiakademie gesorgt. Schwerpunktmäßig sollen sie zur Bekämpfung z. B. von Finanzkriminalität, organisierter Kriminalität, Kinderpornografie, Cyberkriminalität und islamistischem Terrorismus beitragen. Ein Teil der Stellen dient der Freisetzung im Vollzug, sodass

Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte wieder zu ihren originären Aufgaben zurückkehren können. Die PA bekommt Unterstützung z. B. in den Bereichen Lehre und Management. Damit wird den steigenden Studierendenzahlen Rechnung getragen.

Die GdP Niedersachsen hatte immer wieder mehr Personal auch in der Verwaltung und im Tarifbereich sowie die Fortsetzung des Freisetzungsprogramms gefordert. „Wir müssen uns nicht nur auf veränderte Kriminalitätsslagen einstellen, sondern auch gute Perspektiven bieten, um die Fachleute nicht an andere Behörden des öffentlichen Dienstes oder die freie Wirtschaft zu verlieren“, sagte der Landesvorsitzende der GdP, Dietmar Schilff. „Von daher ist das ein beachtlicher Erfolg für uns“.

In der Verwaltung konnte zudem eine weitere wichtige Verbesserung erreicht werden: Das Innenministerium

hat die Schaffung von 25 neuen A9er-Stellen der LG 1 (ehemals mittlerer Dienst) zum 1. August 2018 bekanntgegeben und den entsprechenden Erlass herausgegeben. Nach den Worten von Petra Franzen, im geschäftsführenden Landesvorstand der GdP Niedersachsen zuständig für den Bereich Verwaltung, bedeutet dies „ein Lichtstreif am Horizont“.

„Das ist wirklich ein großer Erfolg für die GdP, insbesondere für den Fachausschuss Verwaltung und die Landesprojektgruppe Perspektiven für Verwaltungsbeschäftigte. Jahrelang wurden wir immer wieder enttäuscht und getröstet. Nun aber gibt es Verbesserungen in der Polizeiverwaltung – und somit ein Zeichen der Wertschätzung.“ Die Kolleginnen und Kollegen, die davon nun profitieren, hätten sich sehr gefreut, so Petra Franzen. Die GdP Niedersachsen gratuliert zur Beförderung. **Red**



„Der Austausch ist von großer Bedeutung“

Seit Ende Mai ist Friedo de Vries neuer Präsident des Landeskriminalamtes (LKA) Niedersachsen. Der 54-jährige folgt auf Uwe Kolmey, der Mitte März in Pension gegangen ist. Im Interview mit dem LandesJournal Niedersachsen spricht de Vries, der langjähriges GdP-Mitglied ist, über die Herausforderungen der Digitalisierung, das veränderte Sicherheitsgefühl und die Planung des LKA-Neubaus.

Deutsche Polizei (DP): Sie haben neben dem Terrorismus die Cyberkriminalität als größte Herausforderung benannt. Was ist im Kampf gegen Cyberkriminalität geplant?

de Vries: Die Cyberkriminalität ist in den vergangenen Jahren rasant gewachsen und wird uns auch zukünftig mehr und mehr beschäftigen. Dabei zeigt einerseits die Dunkelfeldstudie des LKA Niedersachsen, dass viele Betroffene von einer Anzeigeerstattung absehen und nur rund jede siebte Tat den Sicherheitsbehörden bekannt wird.

Andererseits verschiebt sich das Kriminalitätsgeschehen immer weiter aus der realen in die digitale Welt. Insbesondere Ermittlungen im sogenannten Darknet stellen die Sicherheitsbehörden seit Jahren vor große Herausforderungen. Es ist für mich nur schwer zu ertragen, dass dort – von Waffen über Betäubungsmittel, Identitätstäten und Kreditkartennummern bis hin zu gestohlener Ware – nahezu alles beschafft werden kann.

Die zukünftigen Herausforderungen werden vor allem darin liegen, mit der dynamischen Veränderung der Phänomenologie der Cyberkriminalität Schritt zu halten. Wir versuchen stets neue Phänomenbereiche zu identifizieren und darauf schnellstmöglich zu reagieren. Das LKA Niedersachsen ist personell und materiell gerüstet, aber die dynamische Entwicklung wird uns zukünftig weiter fordern.

DP: Gerade im Bereich Cyberkriminalität ist es nicht immer einfach festzustellen, ob es sich um einen

niedersächsischen Täter beziehungsweise Tatort handelt. Wie kann man sich daher die Kooperation mit anderen (Landes-)Kriminalämtern vorstellen?

de Vries: Es gibt regelmäßige Treffen der Sicherheitsbehörden, bei denen wir uns über verschiedene Kriminalitätsphänomene oder Deliktsbereiche austauschen. Niedersachsen gehört bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität – dank der Fachlichkeit unser Kolleginnen und Kollegen – zu den führenden Bundesländern. In Einzelfällen wird ein bundesweites Verfahren daher auch eher uns zugeordnet. Meist stellen wir erst durch unsere Ermittlungen Wohn- oder Tatorte fest. Häufig liegen diese auch außerhalb unserer Landesgrenzen, was die Arbeit nicht immer einfacher macht. Es handelt sich insgesamt um ein multinationales Problem – und ist eine riesige Herausforderung.

Gerade in diesem Deliktsfeld ist ein enger nationaler, aber auch internationaler Austausch unabdingbar, um zum Beispiel im „Best Practice“ voneinander zu lernen. Mittelfristig werden wir uns auch die Frage stellen müssen, wie wir auf andauernde Gefahrenlagen durch permanentes strafrechtliches Verhalten reagieren wollen.

DP: Viele Menschen sind verunsichert, auch durch die Auswirkungen der Digitalisierung. Was tut das LKA, um der Angst in der Bevölkerung Herr zu werden?

de Vries: Bei einem Blick auf die reine Datenlage von Hell- und Dunkelfeld sehen wir in den besonders schwerwiegenden Delikten eine hohe Anzeigenbereitschaft, sodass wir über eine gute Datenbasis verfügen. Die Gesamtzahl der Straftaten ist über die Jahre zurückgegangen. Dazu kommt in Niedersachsen eine stabile Aufklärungsquote von mehr als 60 Prozent. Das zeigt das hohe Engagement der Kolleginnen und Kollegen in allen Bereichen unserer Organisation. Sie alle haben durch ihre Aktivitäten am jeweiligen Arbeitsplatz ihren Anteil daran, dass sich die Zahlen rückläufig entwickeln, insbesondere im Bereich



LKA-Präsident Friedo de Vries im GdP-Interview. Foto: GdP

des Wohnungseinbruchsdiebstahls. Ein gutes Beispiel, wie unser gemeinsames Wirken in den unterschiedlichen Dienstbereichen zum Erfolg führen kann.

Demgegenüber steht das subjektive Empfinden der Bevölkerung. Durch die Digitalisierung, insbesondere durch die sozialen Medien, werden wir rund um die Uhr über Straftaten auf der ganzen Welt informiert: ob Messerangriffe, Gewaltverbrechen, Schießereien, Unruhen. Alles erleben wir durch Medien und wirkungsvolle Bilder in vermeintlicher Nachbarschaft. Zudem wird auch durch die politische Diskussion zum Teil der Eindruck erweckt, als könnten wir gesellschaftlichen Herausforderungen, wie z. B. der Zuwanderung, nicht Herr werden. Dies, beschleunigt und komprimiert in der digitalen Welt, trägt meines Erachtens zur Verunsicherung der Bevölkerung bei.

Dabei wollen wir die Augen nicht vor den realen Gefahren verschließen und stoßen die Menschen immer wieder an, wachsam und vorsichtig zu sein. Deshalb legen wir auch einen Schwerpunkt auf den Bereich der Prävention. Wir im LKA legen daher Wert darauf, Fakten darzustellen. Wir weisen auf die tatsächliche Datenlage, das tatsächliche Kriminalitätslagebild hin. Wir müssen Tendenzen von Parallelgesellschaften konsequent entgegen-



INTERVIEW MIT LKA-PRÄSIDENT FRIEDO DE VRIES

wirken und deutlich machen, dass wir als Polizei das staatliche Gewaltmonopol professionell und erfolgreich ausüben. Natürlich müssen wir dabei die Sorgen und Nöte der Bevölkerung ernst nehmen und uns dem Dialog stellen. Dabei gilt auch, Gefahren für die Sicherheitslage klar zu benennen. Ein nicht immer leichter Spagat, die Bürgerinnen und Bürger für das Themenfeld Sicherheit durch Verhaltenshinweise zu Gefahrensituationen zu sensibilisieren ohne dabei Ängste zu schüren. Letztlich muss aber klar gesagt werden: Wir leben in einem sicheren Land!

DP: Gute Arbeit braucht gute Bedingungen. Seit vielen Jahren warten die Kolleginnen und Kollegen des LKA auf die „Ein-Standort“-Lösung. Bald soll es endlich losgehen. Was genau ist geplant und was kommt aufs LKA zu?

de Vries: Ich glaube daran, dass wir 2019 den Spatenstich zum Neubau des LKA setzen. Der Neubau ist eines der vordringlichsten Ziele. Aktuell ist das LKA auf sieben Liegenschaften verteilt. Dabei herrschen in einigen Liegenschaften, sagen wir mal, deutlich „suboptimale“ Bedingungen. Daher ist es nach jahrelangem Hin und Her von höchster Bedeutung, nun endlich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Neubau in Angriff zu nehmen. Auch wenn noch die eine oder andere Hürde zu nehmen ist, bin ich positiv gestimmt, zumal der Landtag die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt hat. Im Jahr 2022 soll der Neubau fertiggestellt werden. Bis dahin müssen wir durchhalten und die sicherlich anstrengende Bauzeit meistern. Ohne Baulärm, ohne Schmutz und weitere Beeinträchtigungen wird es nicht gehen. Die drei Jahre Bauzeit werden für uns eine große Belastung und eine Herausforderung werden. Doch dies nehmen wir in Kauf. Steht doch am Ende eine Unterbringung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LKA hier im Behördenhaus mit einer zeitgemäßen Ausstattung. Wir werden dann kürzere Wege haben und Synergien in der Zusammenarbeit werden für einen Schub nach vorne sorgen. Adäquate Unterbringung ist meiner Erfahrung nach ein großer Zufriedenheitsfaktor und kann auch einen kulturbestimmenden Charakter



Friedo de Vries und GdP-Landesredakteur Philipp Mantke (links) im Gespräch.

Foto: GdP

ausbilden. Diese Zufriedenheit wird sich auf die Leistungsfähigkeit des LKA auswirken.

DP: Sie waren bislang unter anderem in Wilhelmshaven und Oldenburg tätig, zuletzt als Polizeivizepräsident in Osnabrück. Was reizt Sie an Ihrer neuen, landesweiten Tätigkeit und wie wollen Sie die Zusammenarbeit der Behörden in Niedersachsen und über die Landesgrenzen hinaus verbessern?

de Vries: Ich habe acht Jahre sehr gerne als PVP in Osnabrück gearbeitet, auch im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung. Nun habe ich die Chance, auf Landesebene meine Erfahrungen, aber auch den Blick einer Flächenbehörde, eines KED- oder Polizeistationsbeamten einzubringen. Das ist eine spannende und herausfordernde Aufgabe, denn die Erwartungshaltung an das LKA ist groß. Dieser Verantwortung stelle ich mich gerne. Mit Frau Berg, Herrn Rose und den Polizeipräsidenten pflege ich bereits durch meine bisherige Arbeit eine enge und kooperative Zusammenarbeit.

Ebenso mit den verantwortlichen Spitzen im LPP, die um die Bedeutung und den Stellenwert des LKA als Zentral- und Servicestelle wissen und Unterstützung zugesagt haben.

In der Arbeitsgemeinschaft der LKÄ der fünf Nordländer tauschen wir uns in bestimmten Fragen der Ermittlungen, Analyse und Kriminaltechnik intensiv aus. Darüber hi-

naus habe ich erste Gespräche auf Ebene der AG Kripo geführt, in der die Chefs aller Kriminalämter bundesweit vertreten sind. Hier habe ich eine sehr partnerschaftliche, unterstützende und motivierende Zusammenarbeit erlebt, wie ich sie in dieser Form gleich zu Beginn der Zusammenarbeit nicht erwartet habe. Weiter möchte ich Innovationen aus dem benachbarten Ausland einbeziehen und globaleres Denken anstoßen. Der Austausch ist von großer Bedeutung. So zum Beispiel bei länderübergreifenden Ermittlungen zu einer niederländischen Tätergruppierung, die für eine Vielzahl von Geldautomaten-Sprengungen verantwortlich sein dürfte. In Zukunft werden wir nur erfolgreich sein können, wenn wir uns über Grenzen hinweg vernetzen und abstimmen. Die Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden in Deutschland haben große Schnittmengen. Hier werden Kooperationen zukünftig noch sinnvoller werden, um nicht an verschiedenen Stellen gleichzeitig Lösungen für bestimmte Kriminalitätsphänomene finden zu wollen. Gemeinsam können wir unsere Ressourcen optimaler ausbalancieren, verteilen und davon profitieren.

**Das Interview führten
Angela Hübsch und Philipp Mantke**



Anzeige

GdP-Seniorenreise vom 5. bis zum 12. April 2019



GdP Seniorenreise

Danzig und Masuren

Information und Buchung:

GdP-Touristik
 Berckhusenstr. 133 a
 30625 Hannover
 Telefon 05 11 / 5 30 38 10
 Telefax 05 11 / 5 30 38 50
 service@gdpservice.de



Im Reisepreis sind folgende Leistungen enthalten:

- Zug zum Flug (2. Klasse)
- Flüge ab/bis Hamburg mit LOT in der Economy-Class bis Warschau /ab Danzig über Warschau inkl. 23 kg Freigepäckgrenze
- Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren (Stand 08/2018)
- Transfers am An- und Abreisetag
- 7 Hotelübernachtungen (Bad oder Dusche/WC)
- 7 x Frühstück und 7x Abendessen – davon 1 Abendessen am Lagerfeuer (je nach Wetter)
- Komplettes Besichtigungsprogramm laut Reiseverlauf
- Ausflüge im landestypischen Reisebus mit Klimaanlage
- Alle Eintrittsgelder
- Speziell qualifizierte deutsch sprechende Erlebnisreiseleitung
- Begleitung durch die GdP-Seniorengruppe
- Ausgewählte Reiseliteratur

Mehr Erlebnis:

- Teilnehmerzahl mind. 20 Personen. Preis p.P.
- Storkenkauffahrt auf der Krutynia (2. Tag) 15,- €
 - Bootsfahrt auf dem Spirding-See (3. Tag) 20,- €
 - Besuch der „Wolfsschanze“ (3. Tag) 15,- €
 - Schifffahrt Oberländischen Kanal (4. Tag) 30,- €
 - Bootsfahrt zur Halbinsel Hel mit Mittagessen (7. Tag) 70,- €
 - Ausflug Slowinzischer Nationalpark Leba (7. Tag) 20,- €

ab **1.245,-** *
 p.P.
 * Einzelzimmerzuschlag 215,-

gdpservice.de



Veranstalter: Gebeco GmbH, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel
 Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) von Gebeco

Mindestteilnehmerzahl 25 Personen
 Weitere Informationen und Angebote im Internet unter www.gdpservice.de



AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

12. Seniorentag der Bezirksgruppe der Zentralen Polizeidirektion (ZPD)

Trotz der großen Hitze haben am 8. August 2018 rund 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Niedersachsen am 12. Seniorentag der Bezirksgruppe ZPD mitgemacht.

Nach der Begrüßung durch Manfred Forreiter berichtete der Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende der GdP, Dietmar Schilff, von der geleisteten Arbeit der GdP auf Landes- und Bundesebene, außerdem ging er auf den Entwurf des neuen Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes ein.

Anschließend referierte Thomas Domke vom Organisationsreferat des DGB über den Rechtspopulismus in der Mitte der Gesellschaft am Beispiel der AfD. Er skizzierte dabei die Entwicklung der AfD und deren Strategien. Im Besonderen ging er darauf ein, die in der Öffentlichkeit behaupteten Thesen der AfD mit Fakten zu widerlegen. Alle waren sich einig, dass aktiv mehr gegen den zunehmenden Rechtspopulismus getan werden müsse.

Nach dem Mittagessen gab Waltraud Thyssen Ernährungs- und Bewegungstipps für eine gesündere Lebensführung und ergänzte ihre Ausführungen mit einigen gemeinsamen Atemübungen im Freien. Danach gab Hartmut Vaje Auskunft über Verhaltensweisen im und am Wasser

in Notsituationen.

Abschließend berichtete Manfred Forreiter vom Bundes-senorentag, bei dem die niedersächsischen Anträge weitgehend angenommen wurden.

Der 13. Seniorentag der Bezirksgruppe ZPD ist für den 14. August 2019 wieder in Hannover geplant.

Hartmut Vaje, Schriftführer



Aufmerksame Zuhörerinnen und Zuhörer: Den Teilnehmenden wurde ein vielfältiges Programm geboten. Foto: Manfred Forreiter

Wolfgang Schepker ist neuer Vorsitzender der KG BePo Hannover

Bei der Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe BePo Hannover am 5. September 2018 ist Wolfgang Schepker zum neuen Kreisgruppenvorsitzenden gewählt worden. Zudem hat es mehrere Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft gegeben.

In Vertretung für den aus Krankheitsgründen abwesenden Christian Wenzel führten Mario Birnstiel und Wolfgang Schepker durch die Sitzung. Nach den Geschäftsberichten und der Entlastung von Vorstand und Kassierer stand die Neuwahl des Vorsitzenden auf der Tagesordnung. Da Christian Wenzel zum Vorsitzenden des Fachausschusses BePo gewählt worden war, hatte er sein Amt zur Verfügung gestellt. Einstimmig wählten die Anwesenden Wolfgang Schepker aus dem Trainingszentrum zum neuen ersten Vorsitzenden der Kreisgruppe. Der frisch gewählte

Vorsitzende durfte als erste Amtshandlung seinem Stellvertreter Stefan Frese zu 40 Jahren Mitgliedschaft und den Anwesenden Pensionären Walter Lingner und Klaus Gerson zur 50-jährigen Mitgliedschaft gratulieren.

Anschließend wurde bei einer Bratwurst über die kommenden Aktionen der Kreisgruppe beraten. So ist auch in diesem Jahr wieder eine Begrüßung aller hannoverschen BePo-Neukräfte in ‚Yogis Eck‘ geplant.

Philipp Mantke



Jubiliare und Gratulanten: Personalrat Frank Jürges, Stefan Frese (40 Jahre GdP-Mitglied), Walter Lingner, Klaus Gerson (beide 50 Jahre GdP-Mitglieder) und der neue KG-Vorsitzende Wolfgang Schepker. Foto: Philipp Mantke



Termincheck

**JHV der KG Stade
am 18. Oktober 2018**

O'zapft is! Die diesjährige Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Stade steht unter dem Motto „Oktoberfest“. Wir laden Euch herzlich am **18. Oktober 2018, ab 16 Uhr**, in das Stader Horst-Casino ein. Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Um Anmeldung bis 10. Oktober 2018 wird gebeten.

Anmeldungen bitte telefonisch (0 15 25/6 10 81 82) oder per E-Mail an gdpstade@gmail.com.

GdP Kreisgruppe Stade

**KG Osnabrück lädt am
30. Oktober zur Jahreshaupt-
versammlung und Party ein**

Die GdP-Kreisgruppe Osnabrück lädt zu ihrer Jahreshauptversammlung am **30. Oktober 2018 um 16:30 Uhr** in die Pernickelmühle (2. OG, Fahrstuhl vorhanden) in der Osnabrücker Altstadt ein!

Ab 18 Uhr findet im EG samt Innenhof unsere Party statt. Dabei gibt es neben reichlich Getränken selbstverständlich auch etwas auf die Gabel! Um Anmeldung wird gebeten! Gerne telefonisch bei Jörg Plogmann (05 41/3 27 26 08), bei mir (05 41/

3 27-26 09) oder per E-Mail an gdp.kg.os@gmail.com.
Beste gewerkschaftliche Grüße,

Oliver Kemme

**JHV der KG Lüneburg
am 14. November 2018**

Die Kreisgruppe Lüneburg führt am **14. November 2018 ab 16 Uhr** ihre Jahreshauptversammlung in der Marinekameradschaft Lüneburg (Lise-Meitner-Straße 22, hinter der Feuerwehr) durch. Nach der JHV wollen wir uns bei gutem Essen und Gesprächen zusammensetzen. Um Anmeldung bis zum 7. November 2018 bei Martina Alexander (Tel. 0 41 31/83 06 13 24) wird gebeten.

**Hauke Papenberg,
Vorsitzender**

**Seniorenweihnachtsfeier der
KG Lüneburg am
27. November 2018**

Am **27. November 2018** lädt die KG Lüneburg zu **15.30 Uhr** alle Seniorinnen und Senioren nebst Partnerinnen und Partnern zu Klönschnack, Kaffee und Kuchen ins Vereinsheim der Marinekameradschaft Lüneburg (Lise-Meitner-Straße 22, hinter der Feuerwehr) ein. Um Anmeldung bis zum 20. 11. 2018 bei Martina Alexander (0 41 31/83 06 13 24) oder mir (0 41 31/6 24 48) wird gebeten.

**Peter Baumann
Kreisseniorenvorsitzender**

Anzeige

NACHRUFE

*Die Gewerkschaft der Polizei –
Landesbezirk Niedersachsen –
trauert um folgende verstorbene
Kolleginnen und Kollegen:*

Krüger, Heinz

8. 7. 1933

Krs.-Gr. Gifhorn

Struckmann, Wilhelm

29. 12. 1939

Krs.-Gr. PI Garbsen

Ullrich, Detlef

27. 4. 1956

Krs.-Gr. Oldenburg Stadt

Wessels, Werner

7. 10. 1950

Krs.-Gr. Oldenburg Land

*Wir werden ihr Andenken
in Ehren halten*

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Niedersachsen haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Niedersachsen zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a, 40721 Hilden

Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker

Antje.Kleuker@VDPolizei.de

www.VDPolizei.de

